

Börsch-Supan, Axel; Horn, Karen

## Article

"Finger weg von der Rente": Ein Gespräch über den Teufelskreis von demografischem Wandel, Sozialausgaben und Wachstumsschwäche, über den Nachhaltigkeitsfaktor und andere politische Stellschrauben zur Stabilisierung des Altersvorsorgesystems

Perspektiven der Wirtschaftspolitik

## Provided in Cooperation with:

Verein für Socialpolitik / German Economic Association

*Suggested Citation:* Börsch-Supan, Axel; Horn, Karen (2025) : "Finger weg von der Rente": Ein Gespräch über den Teufelskreis von demografischem Wandel, Sozialausgaben und Wachstumsschwäche, über den Nachhaltigkeitsfaktor und andere politische Stellschrauben zur Stabilisierung des Altersvorsorgesystems, Perspektiven der Wirtschaftspolitik, ISSN 1468-2516, De Gruyter, Berlin, Vol. 26, Iss. 4, pp. 382-390, <https://doi.org/10.1515/pwp-2025-0041>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/340814>

### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

## Aus Wissenschaft und Verein

Axel Börsch-Supan\*

# „Finger weg von der Rente“

Ein Gespräch über den Teufelskreis von demografischem Wandel, Sozialausgaben und Wachstumsschwäche, über den Nachhaltigkeitsfaktor und andere politische Stellschrauben zur Stabilisierung des Altersvorsorgesystems

<https://doi.org/10.1515/pwp-2025-0041>

**PWP:** Herr Professor Börsch-Supan, wann haben Sie sich das erste Mal über das deutsche Rentensystem aufgeregt?

**Börsch-Supan:** Das war in den neunziger Jahren, als mir klar wurde, wie verfahren die Situation in Deutschland war mit dem immer mehr Gewicht bekommenden Umlageverfahren, verbunden mit der politischen Weigerung, daneben weitere Säulen aufzubauen, obwohl das ringsum gang und gäbe war, beispielsweise in Schweden, in den Niederlanden und in der Schweiz.

**PWP:** Bringt es Sie manchmal zur Verzweiflung, dass man schon so lange genau weiß, wie schlecht es um die finanzielle

*Nachhaltigkeit des Umlageverfahrens in einer alternden Gesellschaft bestellt ist – und dass trotzdem nicht genug passiert?*

**Börsch-Supan:** Das sehe ich nicht ganz so kritisch. Zumindest die Nullerjahre waren schon eine ungemein erfolgreiche Zeit für Reformen. Es war die Ära der rot-grünen Koalition in Berlin, mit der wir damals in der Kommission für Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme – der sogenannten Rürup-II-Kommission – eng und gut zusammengearbeitet haben, insbesondere mit der sehr pragmatischen zuständigen Bundesministerin Andrea Fischer von Bündnis90/Die Grünen sowie anschließend Ulla Schmidt von der SPD und auch unmittelbar mit dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder. Dieser Kommission gehörten außer mehreren Experten aus der Wissenschaft auch Vertreter der Politik, der Verwaltung, der Tarifpartner, der Versicherungswirtschaft und der Wohlfahrtsverbände an. Sie half dabei, den Rententeil der großen Schröder'schen Reformagenda zu entwickeln, und gelangte zu wirklich guten Kompromissen. Damals entstand

---

\*Kontaktperson: Axel Börsch-Supan, Munich Research Institute for the Economics of Aging and SHARE Analyses, Leopoldstrasse 139, 80804 München, E-Mail: boersch-supan@mea.mpisoc.mpg.de



der Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenformel, der die Lasten, die sich aus der zunehmenden Alterung der Gesellschaft ergeben, gleichmäßig zwischen Beitragszahlern und Rentnern verteilt. Das war alles andere als frustrierend – auch wenn der Bundeskanzler massiv gegen die Rente mit 67 Jahren war. Zu einer wirklichen Frustration kam es erst wieder so gegen 2014, als Bundeskanzlerin Angela Merkel einen rentenpolitischen Umschwung vollzog, indem sie die Rente mit 63 zuließ und die Nachhaltigkeitsregel lockerte. Die ganze derzeitige Misere ist mithin ein Ergebnis des jüngst zurückliegenden Jahrzehnts.

**PWP:** *Im politischen Berlin spricht sich aber jetzt, wo die Babyboomer in Rente gehen, schon recht deutlich herum, dass sich die Alterung der Gesellschaft stark beschleunigt und dass folglich dringend etwas geschehen muss.*

**Börsch-Supan:** Die Alterung der Gesellschaft beschleunigt sich keineswegs, der Prozess verlangsamt sich am Rand vielmehr sogar ein bisschen. Es geschieht in der Demografie derzeit genau das, was alle Fachleute immer vorhersagen konnten und auch vorhergesagt haben. Die Politik merkt es allerdings offenbar erst jetzt. Was sich beschleunigt, ist also allein die Wahrnehmung. Nur deshalb sind nun auf einmal alle erschrocken und verbreiten Alarmismus. Man kann darüber nur den Kopf schütteln. In der Zeit der Rürup-II-Kommission und danach, bis zur Merkel'schen Wende in der Rentenpolitik, war ich immer überzeugt, dass wir auf diesem Themenfeld gar kein Erkenntnisproblem haben, sondern bloß ein Umsetzungsproblem. Aber das war grundfalsch. Wir haben ganz offensichtlich nach wie vor ein Erkenntnisproblem.

**PWP:** *Worin besteht dieses Erkenntnisproblem?*

**Börsch-Supan:** Viele Bürger und auch viele Politiker verstehen nach meinem Eindruck die fatale Dynamik des demografischen Wandels nach wie vor nicht.

**PWP:** *Was ist daran so schwer zu verstehen?*

**Börsch-Supan:** Dass die Alterung der Gesellschaft die Wirtschaft fundamental bedroht. Immer mehr Menschen gehen in Ruhestand und stehen nicht mehr als Arbeitskräfte zur Verfügung. Infolgedessen wächst die Wirtschaft nicht mehr so schnell; uns blüht eine lange Stagnation. Und über diesen Umweg handeln wir uns ein großes Problem mit dem Rentensystem ein. Ursächlich ist also gar nicht so sehr die Konstruktion des Rentensystems selbst, sondern die wirtschaftliche Schwäche einer alternden Gesellschaft. Ich bin nicht einmal sicher, dass sich die Bundesregierung darüber vollends im

Klaren ist. Um es deutlich zu sagen: Wir stecken in einem Teufelskreis. Das Teuflische daran ist, dass die teuren Sozialausgaben die Produktivität senken, weil sie Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Innovation und Bildung verdrängen. Daher wird sich das Wirtschaftswachstum – das ja ohnehin langsam ist, weil uns wie gesagt die Babyboomer-Generation auf dem Arbeitsmarkt verloren geht – nochmals verlangsamten, weil wir den Abbau der Arbeitnehmerschaft nicht mehr durch höhere Produktivität kompensieren können. Im Moment gleichen sich diese beiden Effekte noch aus; allerdings nur gerade so. Grob gerechnet gehen für jeden jungen Menschen, der neu auf den Arbeitsmarkt kommt, derzeit zwei Arbeitskräfte in Rente. Das senkt das Wirtschaftswachstum um etwa 0,5 Prozent. Gleichzeitig liegt das Produktivitätswachstum nur noch bei 0,5 Prozent. Daraus ergibt sich ein Wachstum von null. Dies ist ein strukturelles Problem, denn außer unserer Produktivität haben wir nichts, was Wachstum bringen könnte. Man denke an das Solow'sche Wachstumsmodell: Die Entwicklung des Outputs hängt von der Entwicklung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital sowie der Produktivität ab. Die Verfügbarkeit von Arbeitskräften nimmt ab, das Kapital wächst nicht von selbst, und das Produktivitätswachstum ist bescheiden.

**PWP:** *Das prägende Thema der politischen Diskussion über die Rente ist nicht so sehr diese Makroperspektive, sondern stattdessen die – ja tatsächlich fehlende – Generationengerechtigkeit, man denke nur an die 18 „Rentenrebell“ der Union.*

**Börsch-Supan:** Richtig, und das ist der große Fehler. Das macht mir wirklich Sorge. Man kann nur umverteilen, wenn man das Geld dafür hat, und die Voraussetzung dafür wiederum ist eben Wirtschaftswachstum, das uns jetzt aber im Stich lässt. Das heißt, die Politiker denken das Problem vom falschen Ende her – und zwar quer durch alle Parteien. Man müsste den makroökonomischen Kernaspekt viel stärker hervorheben. Nur dann wäre zu hoffen, dass es nicht bei den 18 Rebellen bleibt, sondern dass sich mindestens der gesamte Wirtschaftsflügel hinter ihnen scharf.

**PWP:** *Was müsste denn geschehen?*

**Börsch-Supan:** Man wird Kompromisse machen müssen. Das geplante sogenannte Rentenpaket 2025, das die schwarzrote Koalition vorgelegt hat, geht dermaßen in die falsche Richtung, dass mein Motto derzeit ganz einfach lautet: „Finger weg von der Rente“. Im sogenannten Herbst der Reformen brauchen wir tatsächlich viele Reformen, aber keine Renten„reform“, die mit der Mütterrente und der sogenannten Haltelinie nur einen Rückschritt hinter die Re-

formen von Blüm und Schröder bedeutet. Ironischerweise sollten wir da gar nichts tun; das ist das Beste. Selbst eine meiner Lieblingsideen, das Rentenalter an die Lebenserwartung zu indexieren, wäre jetzt politisch dumm; die Diskussion über eine solche Maßnahme würde den Blick davon ablenken, wo wir insgesamt hinmüssen. Wenn wir nichts tun, dann kann der Nachhaltigkeitsfaktor ab dem 1. Januar 2026 wieder greifen; er ist ja nicht abgeschafft, sondern nur bis Jahresende ausgesetzt. Es muss jetzt also bloß darum gehen, die rentenpolitische Untätigkeit über diese Frist zu retten, also den parlamentarischen Rentenbeschluss über den 1. Januar hinaus zu verschieben, damit der so wichtige Nachhaltigkeitsfaktor wieder greift. Darin liegt ja auch die faktische Machtposition der 18 jungen Leute in der Union begründet, die gegen das Rentenpaket der Bundesregierung opponieren. Um im Parlament eine Mehrheit dafür zu bekommen, sind 12 von diesen 18 Stimmen erforderlich.

**PWP:** *Wenn der Nachhaltigkeitsfaktor wieder greift, ist damit die sogenannte Haltelinie für die Rentenbezüge von 48 Prozent des Durchschnittslohns weg. Was bedeutet das dann für die Renten?*

**Börsch-Supan:** Sie werden weiter steigen, und zwar um etwa 2,8 Prozent pro Jahr über die nächsten 10 Jahre, aber sinken werden sie nicht. Das ist ein verbreitetes Missverständnis. Die Rentenerhöhungen werden dann etwas niedriger liegen als der Lohnzuwachs, aber sie werden sogar stärker steigen als die Inflation. Die Kaufkraft der Renten wird weiter steigen. Gott sei Dank ist dies in Deutschland noch möglich. Wenn wir indes weiter an Produktivitätswachstum verlieren, dann könnte man kaum mehr als die nominalen Renten halten. Diese sind im Übrigen per Gesetz geschützt, und diese Regel würde ich auch nicht antasten wollen. Dass ohne Haltelinie die Renten gekürzt werden, ist schlicht falsch. Wichtig ist, dass unsere Abgeordneten verstehen, dass man nicht nur in nominalen und realen Werten rechnen muss, sondern wie zentral die Rolle der gesamtwirtschaftlichen Produktivität ist, wenn es um künftige Rentensteigerungen geht.

**PWP:** *Dafür geht es in der öffentlichen Debatte immer wieder um das Renteneinstiegsalter. Wir müssten länger arbeiten, heißt es regelmäßig.*

**Börsch-Supan:** Ja, aber das ist eigentlich im Augenblick nicht das drängendste Problem. Die Altersgrenze für die Regelaltersrente ohne Abschläge wird ja sowieso bis 2031 schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Und die Lebenserwartung wächst derzeit nur langsam. Man muss sich auf diesem Feld jetzt nicht unnötig verkämpfen. Eine Dynamisierung

wäre schön, aber man kann nicht alle politischen Schlachten gleichzeitig gewinnen. Viel wichtiger: Um Gottes Willen keine Haltelinie! Wir brauchen den Nachhaltigkeitsfaktor wieder. Damit wäre sehr viel gewonnen. Auch sonst enthält das Rentenpaket nichts, was wir unbedingt brauchen.

**PWP:** *Noch einmal zum Rentenalter – warum brauchen wir eigentlich überhaupt eine Regelaltersgrenze?*

**Börsch-Supan:** Ja, grundsätzlich wäre es besser, wenn es keine gäbe. Man sollte da so liberal wie nur irgend möglich sein. Die Menschen sind viel zu verschiedenartig, als dass man für das Ende des aktiven Berufslebens eine sinnvolle allgemeingültige Regelung treffen könnte.

**PWP:** *Was halten Sie von einer Regeldifferenzierung nach Berufsgruppen – der berühmte Dachdecker arbeitet körperlich schwerer als ein Bürokaufmann – oder gleich nach individuellem medizinischem Bulletin?*

**Börsch-Supan:** Wo auch immer man die Grenze hier ziehen will, geht sie an der menschlichen Natur und der Vielfalt der Präferenzen vorbei. Wenn man sich in den Daten die Schwankungsbreite sowohl von Gesundheit als auch von tatsächlichem Rentenalter nach Berufsgruppen ansieht, dann zeigt sich, dass die landläufige Vorstellung, sie sei innerhalb einer Berufsgruppe relativ klein, aber zwischen Berufsgruppen recht groß, schlicht falsch ist. Die interne Varianz ist erheblich stärker als die externe zwischen den einzelnen Berufsgruppen. Selbst in der Gruppe der immer wieder erwähnten Dachdecker gibt es viele Menschen, die sehr spät in Rente gehen – wahrscheinlich sind das die Selbständigen. Und umgekehrt gibt es in der Gruppe der Büroangestellten, die eine physisch deutlich weniger fordernde Tätigkeit ausüben, viele Menschen, die eher früh in Rente gehen. Das heißt, eine Differenzierung nach Berufsgruppen wäre falsch – und man würde so auch noch ein Feld eröffnen, auf dem die Berufsgewerkschaften darum konkurrieren würden, wessen Tätigkeit eigentlich am schlimmsten ist. Und auch nach dem jeweiligen Gesundheitszustand kann man sich nicht richten. Ich persönlich zum Beispiel hätte schon mit 50 Jahren nicht mehr die Physis gehabt, um als Dachdecker zu arbeiten. Aber ich bin auch heute immer noch sehr wohl in der Lage, wissenschaftlich zu arbeiten, und trotzdem wurde ich, als ich 68 Jahre alt wurde, zwangsweise in die Rente geschickt. Warum? Und selbst unter denen, die im Rollstuhl sitzen müssen, sind vielleicht trotzdem noch Menschen, die Spaß an einer intellektuell stimulierenden Arbeit haben – vielleicht gerade. Da kann man keine allgemeingültigen Regeln aufstellen. Das tut den Menschen Unrecht.

**PWP:** *Aber man bräuchte im Interesse der finanziellen Nachhaltigkeit schon eine allgemeine Untergrenze, nicht wahr? Ein Mindestalter?*

**Börsch-Supan:** Ja, natürlich, sonst zerbricht die umlagefinanzierte Rente. Man könnte die Untergrenze schon bei 60 Jahren ansetzen, also durchaus relativ früh. Das könnte ich mir gut vorstellen, ohne weitere Vorschriften und Regelungen. Umgekehrt wird man es wohl auch für die Arbeitgeber leichter machen müssen, einem älteren Angestellten zu kündigen, der irgendwann unfähig wird. Ich will jetzt nicht noch das Fass des Kündigungsschutzes aufmachen, aber es dürfte klar sein, dass man ihn ab einem bestimmten Alter relativieren muss. Wenn dann das Renteneinstiegsalter noch deutlicher variiert als heute, muss man die unterschiedlich langen Rentenbezugsdauern mit Zu- und Abschlägen ausgleichen, wie es sie ja schon jetzt gibt, eingeführt seinerzeit von Norbert Blüm. Man muss sie nur richtig bemessen.

**PWP:** *Was aber wohl nicht so einfach ist.*

**Börsch-Supan:** In der Tat, das ist alles andere als trivial, vor allem weil man nicht für jedes Jahr des Rentenlebens denselben Zu- und Abschlag ansetzen kann. Das liegt daran, dass die Jahre mit dem Alter wertvoller werden, weil gegen Ende des Lebens die Mortalitätswahrscheinlichkeit fast exponentiell ansteigt. Um 60 liegt sie bei 2–3 Prozent. Im Lebensalter von 70 Jahren erreicht sie schon über 10 Prozent. Deswegen will man am Ende höhere Abschläge haben als in relativ jungen Jahren.

**PWP:** *Wenn also eine hypothetische, aus außerökonomischen Gründen wünschenswerte Freigabe des Renteneintrittsalters finanziell neutral ausgestaltet werden könnte, so heißt das noch lange nicht, dass auch die ganz real geplante Ausweitung der Mütterrente ohne Belastung bleiben kann.*

**Börsch-Supan:** Nein, sicher nicht – diese Maßnahme wird sehr teuer. Sie bringt den älteren Müttern nicht viel, aber nimmt den jüngeren Müttern Nettoeinkommen weg. Der finanziellen Bürde dann im System gegenzuhalten mit der an sich durchaus sinnvollen Frühstart-Rente und anderen kleinen Maßnahmen, wie es die Bundesregierung vorhat, wird nicht viel bringen. Ich bin gespannt, ob die nächste Rentenkommission, die 2026 tagen soll, genauso scheitern wird wie die Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“, die im März 2020 ihren Abschlussbericht abgab.

**PWP:** *... und der Sie selbst angehörten. Die Kommission hatte zur kurzfristigen Stabilisierung des Rentensystems die Haltelinie von 48 Prozent vorgeschlagen.*

**Börsch-Supan:** Ja, und das war auch so kurzfristig erst einmal tragbar, denn am Anfang ist die Haltelinie nicht teuer. Wir sind in Deutschland derzeit ja noch relativ gut dran. Die Deutsche Rentenversicherung verfügt über 40 Milliarden Euro Reserven. Es dauert schon ein paar Jahre, bis dieser Puffer abgebaut ist. Aber dann ist er verspielt und kommt auch nicht wieder. Damit, dass wir über diese Reserve verfügen, befinden wir uns in einer ähnlichen Situation wie zu Anfang der Bundesrepublik, in den fünfziger Jahren. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg, man glaubt es kaum, bestand immer noch eine relativ hohe Reserve der kapitalgedeckten Rente. Natürlich war ein großer Teil – mehr als die Hälfte – durch Hyperinflation und Zweiten Weltkrieg zunichte gegangen. Aber knapp die Hälfte war noch übrig. Und diese Reserve hat den Deutschen anfangs äußerst niedrige Beitragssätze beschert, sie lagen bei etwa 10 Prozent. Sie stiegen dann allmählich an und erreichten zeitweise sogar mehr als 20 Prozent. Der enorme Anstieg der Erwerbstätigkeit – insbesondere von Frauen – hat das dann wieder gedämpft. Aber jetzt sind wir durch unsere Politik dabei, durch die hohen Kosten der Mütterrente und der Haltelinie die Reserve der Rentenversicherung abzubauen. Wenn sie aufgebraucht ist, wird der Beitragssatz sprunghaft auf bislang unerreichte Höhen steigen, so dass wir bei einem Gesamtbeitragssatz aller Sozialversicherungen von deutlich mehr als 50 Prozent landen.

**PWP:** *Was den Produktionsfaktor Arbeit massiv verteuert und das wirtschaftliche Wachstum hemmt.*

**Börsch-Supan:** Exakt. Die Lücken müssen dann aus dem Bundeshaushalt gestopft werden. Das verdrängt also staatliche Zukunftsausgaben. Hier haben wir wieder den Teufelskreis. Das Fundament, auf dem eigentlich die Sozialleistungen stehen sollen, machen sich die Sozialleistungen selbst kaputt. Diesen Punkt müssen wir Ökonomen in Zukunft besser vermitteln – statt uns in der Beschreibung der makroökonomischen Effekte der Alterung vor allem auf den Arbeitsmarkt zu fokussieren. Dass eben auch und gerade die teuren Sozialausgaben ein Problem sind, ist in dieser Schärfe eigentlich erst in den zurückliegenden zwei, drei Jahren so richtig klar zutage getreten.

**PWP:** *Zur Stabilisierung der Rente wird im Übrigen immer wieder angemahnt, die Beitragslasten auf mehr Schultern zu verteilen, zum Beispiel indem man anders als bisher auch Selbstständige, Beamte und Abgeordnete mit einzahlen lässt, oder indem man mehr auf Zuwanderung setzt usw. Mit neuen Beitragszahlern holt man sich dann allerdings natürlich auch Anspruchsberechtigte ins System.*



**Börsch-Supan:** Der Liquiditätseffekt einer Ausweitung des Beitragszahlerkreises kann schon sehr hilfreich sein. Man sollte diese Möglichkeit nicht kleinreden. Aber langfristig wäre die Wirkung insgesamt wohl neutral. Im Fall der Selbstständigen ist der Effekt für sich genommen unklar, was im Wesentlichen daran liegt, dass die meisten gutverdienenden Selbstständigen ihre eigenen Versorgungswerke haben, die man kaum abschaffen wollen würde. Diese Renten sind kapitalgedeckt. Was die Solo-Selbstständigen angeht, da bin ich aus sozialen Gründen schon sehr dafür, dass sie in die Rentenversicherung hineingenommen werden, damit sie abgesichert wären – aber das wäre für das System ein Verlustgeschäft. Was die Beamten angeht, ginge die Sache ebenfalls nach hinten los. Aber auch da bin ich der Meinung, dass sie eigentlich schon aus ideellen Gründen in die gesetzliche Rentenversicherung eingebunden sein müssten – sie vertreten ja schließlich unseren Staat. Das ist natürlich kein ökonomisches, sondern, wenn man so will, ein staatspolitisches oder rechtsphilosophisches Argument. Die Debatte hierüber ist nicht neu, aber politisch haben wir es da mit einem heißen Eisen zu tun. Ebenso ist es mit der Einbindung der Abgeordneten. Ich verrate kein Geheimnis, dass in der letzten Rentenkommission ausgerechnet die Abgeordneten in dieser Frage einig und dagegen waren.

**PWP:** *In der Diskussion kommt immer wieder auch der Vorschlag auf, man könne doch, wenn schon nicht mehr von jung nach alt, so doch innerhalb der Rentnergeneration stärker umverteilen, insbesondere um Altersarmut zu verhindern.*

**Börsch-Supan:** Das war ja einer meiner Kompromissvorschläge, die Haltelinie nur den Menschen am unteren Drittel der Einkommensskala zu gewähren. Ich halte das für akzeptabel; es ist aber aus der Not geboren. Wenn wir üppig dran wären, würde ich das Äquivalenzprinzip hochhalten. Aber wenn die Finanzspielräume knapp werden, sollten wir die Wohltaten, die das Rentensystem noch verteilen kann, auf diejenigen beschränken, die es wirklich nötig haben. Damit muss man sich zwar vom Äquivalenzprinzip verabschieden, das haben wir aber in gewisser Weise längst schon getan, seit wir 2005 die Grundsicherung und 2021 die Grundrente eingeführt haben. Dies war ein grober Verstoß gegen das Äquivalenzprinzip. Aber ich denke, diese Maßnahmen waren trotzdem gerechtfertigt. Man kann nicht alle Prinzipien gleichzeitig aufrechterhalten.

**PWP:** *Tun wir denn parallel zu alledem genug für die kapitalgedeckte Altersvorsorge?*

**Börsch-Supan:** Nein, da tun wir eindeutig nicht genug. Wenn man sich in den Nachbarländern umschaute, dann sieht man, dass in vielen von ihnen vor allem die Betriebsrenten eine starke segensreiche Wirkung entfalten. Das wäre ein guter Weg auch für uns. Denn die Betriebsrente funktioniert auch bei uns gut – für die Leute, die eine bekommen. Das Problem ist, dass knapp die Hälfte der Bevölkerung keine bekommt. Die Betriebsrenten sind leider im Wesentlichen in den großen Firmen konzentriert.

**PWP:** *Warum ist das so?*

**Börsch-Supan:** Das liegt an der Art und Weise, wie die Betriebsrente in Deutschland organisiert ist. Sie ist sehr, sehr kompliziert und bis ins Detail durchreguliert. Es ist wirklich ein Kunststück, die vielen Vorschriften zur Betriebsrente auch nur halbwegs zu verstehen. Das bedeutet unter anderem, dass sich tendenziell vor allem die großen Firmen mit viel Personal eine Betriebsrente leisten können: Die relativ hohen Verwaltungskosten verteilen sich auf so viele Angestellte, so dass sie pro Person nicht mehr sonderlich ins Gewicht fallen. Eine kleine Firma, oder erst recht der Kleinstunternehmer, hat es viel schwerer. Es ist für diese Firmen administrativ viel zu aufwendig, selbst eine Betriebsrente aufzulegen. Sie können auch nicht rasch eine fix und fertig modellierte Betriebsrente sozusagen aus dem Verwaltungsregal holen, wie es das in Schweden, in den

Niederlanden und in Dänemark gibt. Dort sind solche Versicherungsfertigprodukte für den Arbeitgeber sozusagen gratis: Er trägt kein Risiko und muss für nichts haften; er macht keine Garantien. Er unterbreitet dem Arbeitnehmer schlicht ein Angebot, das dieser annehmen kann, aber nicht muss. Dazu immerhin, finde ich, sollten die Arbeitgeber verpflichtet sein: ihren Arbeitnehmern ein derartiges Angebot für eine Betriebsrente zu machen. Der Fehler, den wir bei der Riester-Rente gemacht haben, war, dass jeder seinen maßgeschneiderten individuellen Vertrag hatte. Das hat die Kosten in die Höhe getrieben. Stattdessen gilt es, die Kostendegression, die in diesen Instrumenten steckt, voll auszunutzen. Das geht gut über die Betriebsrenten, während individualisierte Verträge einfach zu teuer sind. Ich versuche der Versicherungsbranche schon lange zu erklären, dass sie Rentenversicherungen an Betriebe verkaufen sollte, nicht an Einzelpersonen. Das wäre meines Erachtens letztlich auch das profitablere Geschäft, weil so viele Individualversicherungen nicht mehr bedient werden.

*PWP: Wieso setzen wir also nicht an der Betriebsrente an?*

**Börsch-Supan:** Das sozialpartnerschaftliche Modell der betrieblichen Altersvorsorge hat eigentlich alles, was man braucht, aber es ist tarifgebunden. Damit schließt es alle aus, die keine Tarifbindung haben. Und damit ist dieser vorgespurte Weg für viele Arbeitgeber leider unbrauchbar. Und wer verhindert eine nicht-tarifgebundene sozialpartnerschaftliche Betriebsrente? Die Sozialpartner natürlich. Sowohl die Arbeitgeber als auch die Gewerkschaften.

*PWP: Warum das?*

**Börsch-Supan:** Aus Gründen der Macht, leider. Den Gewerkschaften geben die Betriebsrenten eine Menge Macht und Einfluss. Und die Arbeitgeber geben ebenfalls ungern Macht her. Es kommt hinzu, dass für die Arbeitgeber eine Betriebsrente immer auch ein Personalbindungsinstrument ist. Sie hätten gleichzeitig allerdings auch gern Personalflexibilität. Hier besteht ein Zielkonflikt, und wie die Betriebsrente im Detail ausgestaltet ist, spielt für dessen Lösung eine wichtige Rolle.

*PWP: Lassen Sie mich abschließend noch fragen, woran Sie gerade arbeiten.*

**Börsch-Supan:** Ich bin dabei, ein großes, amerikanisch finanziertes Projekt abzuschließen, in dem es darum geht, ob zurückliegende Rentenreformen mehr Ungleichheit geschaffen haben, bezüglich sowohl der Einkommen als auch der Gesundheit. Es handelt sich dabei um ein interna-



tionales Vergleichsprojekt mit 12 Ländern. Die Ergebnisse für Europa sind auf den ersten Blick überraschend: Die Ungleichheit hat durchaus nicht zugenommen. Das liegt im Wesentlichen daran, dass die Reformen der Rente in den meisten Ländern Europas, ähnlich wie in Deutschland, oft mit zusätzlichen Umverteilungsmaßnahmen kombiniert wurden – so wie wir den Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt haben und gleichzeitig auch die Grundsicherung. Die Rente mit 67 Jahren wurde in ihrem Verteilungseffekt sehr stark durch Ausnahmeregelungen ausgeglichen, vor allem durch großzügigere Erwerbsminderungsrenten. Die Ergebnisse für Europa bleiben übrigens auch dann bestehen, wenn man die Lebenserwartung – ärmere Menschen haben eine deutlich kürzere Lebenserwartung als reichere – mitberücksichtigt. Anders sind die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten, wo die Einkommensungleichheit auch der Rentnerinnen und Rentner stark zugenommen hat.

*PWP: Und sonst?*

**Börsch-Supan:** Auf meinem Stapel liegt noch ein fertig zu schreibender Aufsatz über die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Altersvorsorge. Hier zeigen die Zahlen deutlich, was man anfangs nicht erwartet hätte: nämlich dass die Älteren auch in dieser Hinsicht deutlich besser dran waren als die Jüngeren, sowohl finanziell als auch in psychologischer und sozialer Hinsicht. Die Generation, die wirklich unter Covid gelitten hat, waren die jungen Leute, nicht die alten. Abgesehen davon bin ich noch in ein großes europäisches Projekt zur Pflegeversicherung involviert. Die Frage ist, wie man die Pflegeversicherung reformieren sollte, damit sie auf Dauer bezahlbar bleibt. Das ist eine sehr schwierige, angesichts der Alterung der Gesellschaft auch drängende Frage, und es wird im Kern darum gehen,

die Familie, die man meines Erachtens unbedingt braucht, nicht zu sehr zu belasten, sie aber auch nicht ganz zu entlasten. Denn erstens kann der Staat nicht alles Finanzielle leisten, und zweitens braucht eine pflegebedürftige Person auch menschliche Zuneigung, die ein Familienmitglied am besten aufbringen kann.

**PWP:** *Wie nähern Sie sich dieser Frage?*

**Börsch-Supan:** Uns interessieren zunächst ganz grundlegend die ökonomischen Mechanismen, die im Hintergrund am Werk sind; zum Beispiel der Zusammenhang zwischen der Finanzierung der Pflege und dem Sparverhalten der Menschen. Nach Franco Modigliani würde man erwarten, dass die Ersparnis bis zum Rentenalter zunimmt und dann wieder schrumpft. Aber so ist es empirisch nicht, sondern die Ersparnisbildung setzt sich noch sehr lange fort. Auch nach der Verrentungszeit wird zusätzlich gespart – für die zu erwartende Pflegebedürftigkeit. Wenn wir eine Vollkaskopflegeversicherung für die Pflege einführen würden, was ja aus allen politischen Lagern immer wieder vorgeschlagen wird, dann hätte das den Effekt, dass die dann zu einem bestimmten Zeitpunkt ältere Generation in jungen Jahren antizipatorisch weniger Geld zurücklegt.

**PWP:** *Das wäre ein Fehlanreiz.*

**Börsch-Supan:** Das wäre ein totaler Fehlanreiz, ja, und das niedrige Kapitalangebot würde die Investitionen, von denen wir ohnehin zu wenig haben, nochmals verteuern. Auch hier zeigen sich also – wie im Fall der Rente – heikle makroökonomische Rückkopplungseffekte mit Auswirkung auf die Gesamtwirtschaft. Was Themen der Pflege angeht, kommt man

schnell zur Epidemiologie. Hier spielt Demenz eine große Rolle, weil sie eine hohe Pflegebedürftigkeit nach sich zieht. Deswegen interessiert mich auch die Demenzforschung sehr, und ich bin in Projekten engagiert, die das amerikanische National Institute on Aging (NIA) finanziert. Zu manchen Fragen kann ich mit meiner Frau zusammenarbeiten, die Mikrobiologin ist. Da geht es beispielsweise darum, ob es Früherkennungsmarker für Demenz im Blut gibt, mit deren Hilfe man lange im Voraus wissen könnte, ob jemand eine erhöhte Wahrscheinlichkeit hat, dement zu werden. Wenn man das von einer Person weiß, kann man sie sozial durch mehr Stimulation fördern, auch am Arbeitsplatz. Das verhindert die Demenz nicht, aber es kann ihr Einsetzen verzögern.

**PWP:** *Was ist denn bei solchen Arbeiten Ihr konkreter Beitrag?*

**Börsch-Supan:** Da bin ich der Statistiker. Ich bin dafür zuständig, wie man aus den Daten die relevanten Erkenntnisse herausfischt. Das macht mir per se Freude.



*Mit Axel Börsch-Supan sprach Karen Horn. Axel Börsch-Supan wurde von Max Kratzer fotografiert, Karen Horn von Johannes Ritter.*

## Zur Person

# Axel Börsch-Supan: Demografie, Alterung, Rentensystem

Karen Horn

Axel Börsch-Supan, 1954 in Darmstadt geboren, hat die Mathematik im Blut. Sein Vater, Wolfgang Börsch-Supan, war Professor für Mathematik an der Universität Mainz. Auch der Sohn, der sich immer mit Zahlen leicht tat, nahm nach dem Abitur an einem altsprachlichen Gymnasium ein Studium der Mathematik an der Ludwig-Maximilians-Universität München auf. Doch er langweilte sich damit schon bald und streckte die Fühler nach der Volkswirtschaftslehre aus – als Kompromiss zwischen seinen mathematischen Fähigkeiten und politisch-ökonomischen Interessen. Nach dem Vordiplom in Mathematik und der Zwischenprüfung in Volkswirtschaftslehre wechselte er 1976 an die Universität Bonn, wo er weiterhin Mathematik studierte, aber mit Nebenfach Ökonometrie. Dort prägten ihn der Mathematiker und Wirtschaftstheoretiker Werner Hildenbrand, der Ökonometriker Peter Schönfeld und der Ökonom Carl Christian von Weizsäcker. „Ich war sehr an Umweltthemen interessiert“, erzählt Börsch-Supan, den der Bericht des Club of Rome<sup>1</sup> mit seiner Warnung vor der Endlichkeit der Ressourcen nicht nur politisch aufgerüttelt hatte: „Es hat mich sehr beeindruckt, dass man ein mathematisches Simulationsmodell konstruieren kann, das einem zeigen kann, wo etwas schief läuft.“

Nach dem (Mathematik-)Diplom bewarb er sich deshalb für ein Promotionsstudium am M.I.T. in Cambridge, Massachusetts, wo der Bericht erarbeitet worden war. Am dortigen Energy Lab wollte er sich weiter mit der Frage auseinandersetzen, „wie man die Menschheit mit Energie versorgt, ohne dass der Planet dabei kaputt geht“. Das M.I.T. eröffnete ihm ab 1980 eine neue, wunderbare akademische Welt: Viele der Professoren an der volkswirtschaftlichen Fakultät waren international bekannte Koryphäen – darunter die Makroökonom Robert Solow, Rudi Dornbusch und Stanley Fischer sowie die Ökonometriker Jerry Hausmann und Daniel McFadden. Der Umgang mit ihnen war offen, gut gelaunt und locker, es wurde Tag und Nacht gearbeitet, und alles „war ein Riesenspaß“. Aus dem Energiethema wurde freilich doch nichts: McFadden, der sein Doktorvater wurde, überredete Börsch-Supan, sich in Kooperation mit dem Ifo-



Institut in München dem Wohnungsmarkt zuzuwenden. Und so wurde er 1984 mit einer aus mehreren Aufsätzen bestehenden Dissertation zur Wohnungsnachfrage in den Vereinigten Staaten und Westdeutschland promoviert.<sup>2</sup>

In der Zeit am M.I.T. erwachte in Börsch-Supan auch das Interesse am Phänomen der alternden Gesellschaft, das seinen weiteren beruflichen Werdegang bestimmte. Das National Institute on Aging, ein Unterinstitut der National Institutes of Health, investierte viel Geld in die Erforschung der Alterung auch unter ökonomischen Gesichtspunkten. Es ging um das Arbeitsmarktverhalten Älterer und um den

1 D. Meadows et al. (1972), *The Limits to Growth*, New York, Universe.

2 A. Börsch-Supan (1984), *Housing demand in the United States and West Germany: A discrete choice analysis*, online verfügbar unter <https://share.google/iUH51XqqA21eeBIE0>; vgl. auch ders. (1987), *Econometric Analysis of Discrete Choice: With Applications on Demand for Housing in the U.S. and West Germany*, Heidelberg, Springer, S. 99–201.

Eintritt in die Rente, was damals sehr aktuell war: Die Amerikaner hatten 1982 das Regelrentenalter abgeschafft und Altersdiskriminierung verboten.

Nach der Promotion ging es für Börsch-Supan gerade einmal 1,5 Meilen entfernt in Cambridge nahtlos weiter, als Assistant Professor an der J.F. Kennedy School of Government der Harvard University. Seine Frau Martina schloss 1985 ihre Promotion in Molekularbiologie und Immunologie am M.I.T. ab und arbeitete anschließend am Center for Cancer Research des M.I.T. und an der Tufts University in Boston. Als beide 1987 zum dritten Mal Eltern wurden, beschlossen sie trotz des zweifachen rasanten Karrieredebüts im – damals noch – gelobten Land der Wissenschaft nach Deutschland zurückzukehren: damit die Kinder von ihrer Denkungsart her Europäer werden konnten. Es war freilich gar nicht leicht, daheim wieder aufgenommen zu werden, denn Börsch-Supan war nunmehr zwar Harvard-Professor, aber nicht habilitiert. So manche Tür blieb verschlossen. Das Beste, was sich fand, war eine C2-Professur am Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie der Universität Dortmund, aus der bald eine Lehrstuhlvertretung wurde. Börsch-Supan ließ sich in Harvard beurlauben, wo er aber weiterhin im Sommer Blockseminare hielt. Die Umstellung fiel indes nicht leicht: „Die geraden Wochen wollten wir wieder zurück nach Amerika, die Ungeraden wollten wir dann doch lieber in Deutschland bleiben.“ Akademisch gab es einiges zu schlucken: „Mit dem deutschen Universitätssystem habe ich mich nie anfreunden können. Auch wissenschaftlich war Deutschland damals dermaßen hinterher. Es war eigentlich eine Strafe, hierzulande Ökonomie zu lehren.“

Nach zwei Jahren des Spagats zwischen den Kontinenten erreichte ihn ein Ruf auf den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, an der Universität Mannheim, und die Stimmung besserte sich. Im Jahr 1995 lockte dann noch einmal Amerika; Börsch-Supan ging als Resident Fellow ans McKinsey Global Institute in Washington und forschte dort zum makroökonomisch wichtigen Aspekt der Produktivität in der alternden Gesellschaft. Bei McKinsey lernte er auch viel über Management – was sich später als nützlich erwies, als er sich neben der Forschung auch noch zum Wissenschaftsmanager entwickelte.

Nach der Rückkehr nach Mannheim 1996 arbeitete Börsch-Supan weiter an Fragen, die sich aus der Perspektive der Alterung betrachten ließen, von der Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt über das Sparverhalten bis hin zur Sozialversicherung, also auch zum Rentensystem. Gegen Ende der Dekade kam dann der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) auf ihn zu mit der Idee, ein neues Institut zu gründen. Als dessen Unabhängigkeit dadurch gesichert war, dass man die Trägerschaft in einer Public-Private-Partnerschaft zwischen dem Land

Baden-Württemberg, der Universität Mannheim und dem GDV aufteilte und das Einwerben von Drittmitteln insbesondere aus Amerika erlaubte, schlug Börsch-Supan ein. Er wurde Direktor des 2001 gegründeten „Mannheim Research Institute for the Economics of Aging“ (MEA), das den demografischen Wandel in Deutschland sowie die mikro- und makroökonomischen Folgen der Alterung erforschen sollte.

Dass an dem Institut private Geldgeber beteiligt waren, stieß allerdings auf Kritik; dies war wohl der Grund dafür, dass Börsch-Supan nie „Wirtschaftsweiser“ wurde. Aus der Politikberatung ist er trotzdem nicht wegzudenken; er hat die deutsche Rentendebatte begleitet und geprägt wie nur wenige andere. Seit 1999 ist er Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium. Er diente in etlichen Enquete-Kommissionen sowie in den Jahren 2002 und 2003 in der Kommission zur Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme (Rürup-II-Kommission), wo er zusammen mit Franz Ruland die Arbeitsgruppe Rentenversicherung leitete. 2011 wurde er in die Expertenkommission „Demographischer Wandel“ der Bundesregierung berufen, die bis 2017 zusammenkam. Im Anschluss war er von 2018 bis 2020 Mitglied in der Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“.

Ein wichtiges Produkt der Mannheimer Zeit war das anfangs vollständig von der EU finanzierte Projekt SHARE (Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe). Dabei handelt es sich um eine Forschungsinfrastruktur, die international vergleichbare Mikro-Längsschnittdaten zur öffentlichen Gesundheit und zu den sozioökonomischen Lebensbedingungen in Europa bereitstellt. 2002 mit damals 11 Ländern auf die Beine gestellt, stellt das bis 2023 von Börsch-Supan koordinierte Großprojekt inzwischen die umfassendste paneuropäische sozialwissenschaftliche Panelstudie mit 29 Ländern dar.<sup>3</sup> Als sich 2011 die EU nach sechs Jahren und stetem Wachstum des Projekts aus der Vollfinanzierung zurückzog und nationale Geldgeber gefunden werden mussten, fügte es sich günstig, dass Börsch-Supan die Ehre zuteilwurde, in die Max-Planck-Gesellschaft berufen zu werden. Diese ermöglichte ihm, das MEA in das Münchner Max-Planck-Institut für Sozialrecht (fortan: und Sozialpolitik) zu integrieren. Außerdem erhielt er einen Lehrstuhl an der Technischen Universität München und konnte so für SHARE Mittel von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) einwerben. Als er 2022 das Pensionsalter erreichte, überführte Börsch-Supan das MEA in eine gGmbH unter dem Namen „Munich Research Institute for the Economics of Aging and SHARE Analyses“, die er nun auch weiterhin leitet. In der wenigen Freizeit geht er in die Berge: „Ich wandere für mein Leben gerne.“

<sup>3</sup> <https://share-eric.eu/infrastructure>.